Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5530**

17. Wahlperiode 13. 04. 2011

Antrag

der Abgeordneten Gero Storjohann, Dirk Fischer (Hamburg), Arnold Vaatz, Volkmar Vogel (Kleinsaara), Peter Altmaier, Steffen Bilger, Cajus Caesar, Peter Götz, Karl Holmeier, Thomas Jarzombek, Hans-Werner Kammer, Ulrich Lange, Matthias Lietz, Daniela Ludwig, Stefan Müller (Erlangen), Patrick Schnieder, Reinhold Sendker, Peter Wichtel, Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Oliver Luksic, Patrick Döring, Werner Simmling, Torsten Staffeldt, Petra Müller (Aachen), Sebastian Körber, Birgit Homburger und der Fraktion der FDP

Die Verkehrssicherheit in Deutschland weiter verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der jüngste Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Unfallverhütung im Straßenverkehr 2008 und 2009 (Bundestagsdrucksache 17/2905) weist für das Jahr 2009 die niedrigste Zahl von Verkehrstoten im deutschen Straßenverkehr aus, die seit Einführung der amtlichen Verkehrsunfallstatistik im Jahr 1953 jemals gemessen wurde. 2010 wurden insgesamt 3 657 Personen im Straßenverkehr getötet. Im Vergleich zum Jahr 2000 ist damit ein Rückgang der Zahl der Verkehrstoten um rund 51 Prozent feststellbar. Bezogen auf das Jahr 1991 beträgt der Rückgang sogar rund 68 Prozent. Ebenso ist die Zahl der Unfälle mit Personenschäden seit 1991 um 25 Prozent gesunken. Dieser kontinuierliche Rückgang der Zahl der im Straßenverkehr zu Schaden gekommenen Personen ist vor dem Hintergrund eines Anstiegs der Gesamtfahrleistung auf deutschen Straßen um rund 20 Prozent seit 1991 umso bemerkenswerter. Es zeigt sich: Die Verkehrssicherheitsarbeit in Deutschland ist erfolgreich. Im Jahr 2010 starben bezogen auf je 1 000 000 Einwohner in Deutschland 45 Personen bei Straßenverkehrsunfällen. Damit erreicht Deutschland im Vergleich der Mitgliedstaaten der Europäischen Union den viertbesten Wert. 1991 lag Deutschland noch auf Rang 13.

Trotz aller Erfolge bleibt die Verkehrssicherheitsarbeit eine herausragende gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um Menschenleben zu retten, Gesundheit zu bewahren und Sachwerte zu schützen. Die Vereinten Nationen haben die Jahre 2011 bis 2020 deshalb zur Dekade der Verkehrssicherheit ausgerufen. Durch weltweite Kampagnen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr kann nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation bis 2020 bis zu fünf Millionen Menschen das Leben gerettet werden. Die Zahl der bei Verkehrsunfällen Verletzten kann um 50 Millionen sinken.

Verkehrssicherheitsmaßnahmen werden auch in Zukunft daran auszurichten sein, die Potenziale der Unfallvermeidung auszuschöpfen. Ein Hauptaugenmerk

ist dabei auf die schwächeren Verkehrsteilnehmer und auf jene Risikogruppen zu richten, deren statistische Wahrscheinlichkeit, an einem Verkehrsunfall mit Personenschäden bzw. Todesopfern beteiligt zu sein, aus verschiedenen Gründen besonders hoch ist: Kinder unter 15 Jahren, Fahranfänger zwischen 18 und 24 Jahren, Personen über 75 Jahre, Fußgänger, Fahrradfahrer, motorisierte Zweiradfahrer, Güterkraftfahrer sowie Verkehrsteilnehmer auf Landstraßen. Um das Sicherheitsniveau dieser Gruppen sowie aller Verkehrsteilnehmer weiter zu steigern, wurden in den vergangenen zwei Jahren erfolgreiche Maßnahmen auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit ergriffen:

- Die Kampagne „Runter vom Gas!“ sensibilisiert seit März 2008 über verschiedene Kommunikationsmedien für die Gefahren überhöhter Geschwindigkeiten im Straßenverkehr. Statistische Untersuchungen haben einen Bekanntheitsgrad der Kampagne in der bundesdeutschen Bevölkerung über 16 Jahre von 61 Prozent ergeben.
- In Deutschland wird den Verkehrsteilnehmern empfohlen, auch bei Tageslicht die Scheinwerfer einzuschalten. Studien belegen, dass durch das Fahren mit Licht am Tage die Wahrnehmung der Verkehrsteilnehmer steigt. Deutschland hat sich in den Gremien der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) dafür eingesetzt, neue Fahrzeugtypen und erstmalig in Verkehr kommende Fahrzeuge serienmäßig mit Tagfahrleuchten auszurüsten. Gemäß einer die Vorgaben der UNECE umsetzenden Entscheidung der Europäischen Kommission sind Pkw und Transporter bis 3,5 t, deren Typgenehmigungen nach dem 7. Februar 2011 erfolgen, serienmäßig mit Tagfahrleuchten auszustatten. Dies gilt auch für alle übrigen Nutzfahrzeugtypen über 3,5 t ab dem 7. August 2012. Auch bei mit Tagfahrlicht ausgerüsteten Fahrzeugen ist bei entsprechenden Sichtverhältnissen das Abblendlicht wie bisher einzuschalten. Das rechtzeitige Einschalten des Abblendlichts bei Kraftfahrzeugen soll in Zukunft vorwiegend durch technische Lösungen unterstützt werden.
- Zahlreiche Zielgruppenprogramme wie das Programm „sicher mobil“ des Deutschen Verkehrssicherheitsrates, welches sich an ältere Verkehrsteilnehmer richtet, knüpfen an die spezifischen Risikofaktoren einzelner Gruppen von Verkehrsteilnehmern an.
- Durch den kontinuierlichen Ausbau des Radwegenetzes an Bundesstraßen trägt die Bundesregierung dem Wunsch des Deutschen Bundestages nach verstärkter Förderung des Radwegebaus Rechnung. Im Jahr 2008 wurden rund 82 Mio. Euro für den Radwegebau an Bundesstraßen (einschließlich Erhaltung von Radwegen) aufgewendet. 2009 waren es rund 92 Mio. Euro. Fertiggestellt wurden davon 2008 ca. 330 Kilometer neue Radwege mit Kosten von rund 60 Mio. Euro. 2009 sind rund 304 Kilometer neue Radwege mit Kosten von rund 70 Mio. Euro fertig gestellt worden.
- Das erfolgreiche Modellprojekt „Begleitetes Fahren ab 17“ wurde durch Schaffung einer entsprechenden Gesetzesgrundlage zum 1. Januar 2011 ins Dauerrecht überführt. Teilnehmer am „Begleiteten Fahren ab 17“ begehen rund 20 Prozent weniger Verkehrsverstöße und sind an rund 22 Prozent weniger Unfällen beteiligt.
- Seit 2007 gilt für alle Fahranfänger in der zweijährigen Probezeit und für Personen, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ein absolutes Alkoholverbot, welches sogar in der angesprochenen Zielgruppe eine hohe Akzeptanz genießt. In der Zielgruppe ist ein Rückgang der Alkoholverstöße um 17 Prozent festzustellen.
- Die Regelsätze für Geldbußen für die Hauptunfallursachen (Geschwindigkeits-, Abstands-, Vorfahrts-, Rotlichtverstöße sowie Trunkenheitsfahrten) wurden mit Wirkung zum 1. Februar 2009 erhöht.

- Das Projekt „Sichere Intelligente Mobilität – Testfeld Deutschland“ (SIM-TD) erprobt die zukunftsweisende Fahrzeug-zu-Fahrzeug- sowie Fahrzeug-zu-Infrastruktur-Kommunikation.
- Die computergestützte theoretische Fahrerlaubnisprüfung wurde eingeführt. Hierdurch wurden zur besseren Vorbereitung auf typische Unfallsituationen und Fahranfängerrisiken neue Aufgaben, Darbietungs- und Bearbeitungsformen eingeführt.
- Der bedarfsgerechte Ausbau des Bundesfernstraßennetzes stellt einen wesentlichen Beitrag zur Anhebung der Infrastruktursicherheit dar. 2008 und 2009 wurden 232 Kilometer neue Autobahnen fertiggestellt, 171 Kilometer Autobahn wurden sechs- und mehrspurig ausgebaut, 263 Kilometer Bundesstraßen – darunter 36 Ortsumgehungen – wurden fertiggestellt.
- Insbesondere mit Blick auf die genannten Risikogruppen im Straßenverkehr wurden Forschungsprojekte fortgesetzt und begonnen, um deren Verkehrssicherheit zukünftig weiter zu verbessern.
- Hinsichtlich weiterer Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit wird auf den Bericht über Maßnahmen auf dem Gebiet der Unfallverhütung im Straßenverkehr 2008 und 2009 verwiesen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass auf den Erfolgen der Vergangenheit aufgebaut wird, um die Zahl der Unfallopfer noch weiter zu senken. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sollte hier weiter neben der eigenen Akteursfunktion als Vernetzungsebene für Verbände und gesellschaftlichen Organisationen fungieren;
- bei ihren Maßnahmen immer die Regelakzeptanz der Bürgerinnen und Bürger im Blick zu behalten. Ohne diese nutzen die besten Gesetze und Verordnungen nichts;
- sich ein ambitioniertes Ziel bei der Reduzierung der Verkehrstoten zu setzen. Deutschland soll im Vergleich zum Jahr 2010 bis 2020 eine Reduzierung der Zahl der Verkehrstoten um 40 Prozent anstreben;
- neben der Senkung der Getötetenzahlen auch die Senkung der Zahl der Schwerst- und Schwerverletzten zu forcieren. Hierzu ist auch eine EU-weit gültige Definition der verschiedenen Kategorien der Unfallschwere erforderlich, um Vergleichbarkeit bei den Statistiken der Mitgliedstaaten und den Verkehrssicherheitsmaßnahmen zu schaffen;
- das freiwillige Tragen von Fahrradhelmen bei allen Radfahrern, insbesondere aber bei Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Kampagnen und geeigneten Maßnahmen weiterhin zu fördern, um so schwere Kopfverletzungen zu vermeiden;
- Verbesserungsmöglichkeiten bei der Fahranfängervorbereitung und -ausbildung zu prüfen. Hierbei sollten die positiven Erfahrungen in anderen europäischen Ländern mit einer Begleitphase nach Ausbildung und Prüfung berücksichtigt werden. Geprüft werden sollten ebenso Reformmöglichkeiten bei der Fahrlehrerausbildung;
- die Akzeptanz freiwilliger Gesundheitsüberprüfungen älterer Verkehrsteilnehmer zu fördern;
- bei Baumaßnahmen das Leitbild der fehlerverzeihenden und standardisierten Straße – insbesondere bei Neubauten – zu berücksichtigen;

- im Infrastrukturbereich den Schwerpunkt der Verkehrssicherheitsmaßnahmen auf die Landstraßen zu legen, da hier immer noch der Großteil der Verkehrstoten zu beklagen ist. Das gilt insbesondere für die Entschärfung bestehender Unfallschwerpunkte. Auch dem innerörtlichen Verkehr, der durch seine Komplexität erhöhte Unfallrisiken birgt, muss weiterhin besondere Aufmerksamkeit in der Verkehrssicherheitsarbeit geschenkt werden;
- insbesondere zur Vorbeugung von Unfallgefahren aufgrund des so genannten Sekundenschlafs den Einsatz von Rüttelstreifen auf Autobahnen zu intensivieren. Der freiwillige Einbau von technischen Assistenzsystemen ist weiterhin zu unterstützen;
- die Zahl der Lkw-Stellplätze weiter zu erhöhen, um die Gefahrenherde überfüllter Parkplätze und zugeparkter Seitenstreifen weiter zu entschärfen. Bereits von 2008 bis 2010 wurden mehr als 5 500 neue Lkw-Parkplätze entlang der Autobahnen gebaut. Der Bund hat den Ländern hierfür rund 240 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. An dem ambitionierten Ziel, die Zahl der neuen Lkw-Parkplätze bis Ende 2012 auf 11 000 zu erhöhen, ist festzuhalten;
- bei der EU-weiten Harmonisierung der Fahrzeugtechnik darauf zu achten, dass das hohe deutsche Niveau nicht abgesenkt und nur auf hohem Sicherheitsniveau vereinheitlicht wird. Das sollte ebenso für die Fahrzeugprüfungen gelten;
- Chancen durch den Einsatz von „Alkolocks" (elektronische atemalkoholsensitive Wegfahrsperren) bei alkoholauffällig gewordenen Verkehrsteilnehmern zu prüfen;
- vor dem Hintergrund der diesbezüglichen UNECE-Regelungen bei elektromobilen Fahrzeugen einen Ausgleich zwischen Sicherheit und Lärmschutzverbesserungen zu prüfen, um mögliche Gefährdungen durch die fehlende Geräuschkulisse für Fußgänger, Radfahrer und insbesondere sehbehinderte Menschen nicht außer Acht zu lassen.

Berlin, den 13. April 2011

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Birgit Homburger und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333